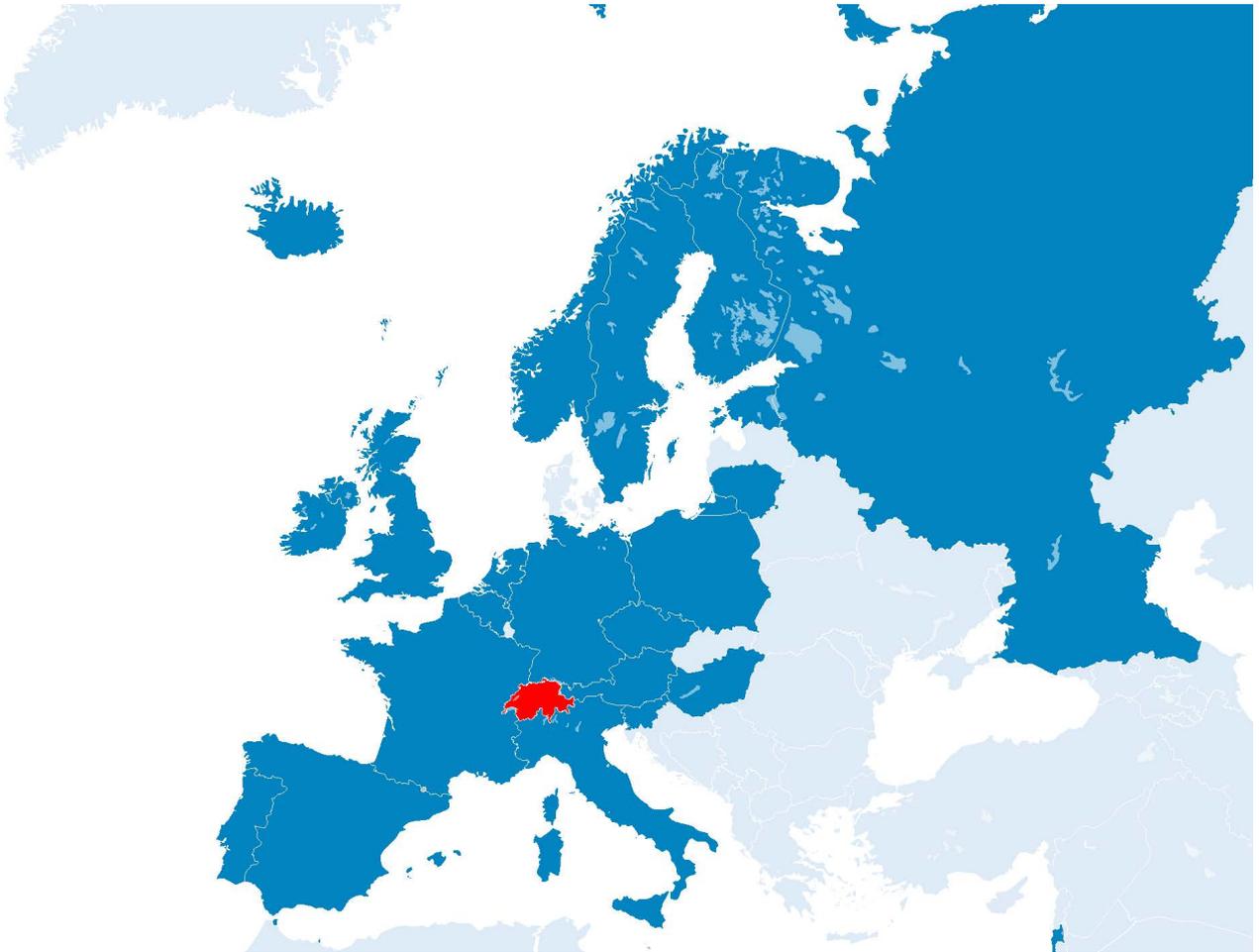


European Social Survey 2016



Ausgewählte Ergebnisse in Bezug auf die Schweiz zu Wohlbefinden,
Immigration, Homosexualität, Solidarität und Klimawandel

Der European Social Survey

Wir freuen uns, Ihnen erste Ergebnisse des European Social Surveys (ESS) 2016 präsentieren zu können. Diese Befragung wird seit 2002 alle zwei Jahre mit einer repräsentativen Stichprobe von Personen ab 15 Jahren durchgeführt. Im Jahr 2016 beteiligten sich 23 Länder an der Studie. Das Ziel des ESS ist es, Daten über Meinungen, Werte, Lebensstile und Tätigkeiten der Bevölkerungen zu sammeln, mit denen der soziale Wandel und eventuelle Länderunterschiede beobachtet werden können. Weltweit sind bislang über 3'000 wissenschaftliche Publikationen mit ESS-Daten erschienen. Die Umfrage gewann 2005 den renommierten „Prix Descartes“, der herausragende Leistungen im Bereich der Wissenschaft auszeichnet.

Die ESS Erhebung zeichnet sich durch eine rigoros wissenschaftliche Vorgehensweise und hohe methodologische Ansprüche aus: Der Erstellungsablauf des Fragebogens ist vollständig kontrolliert, sodass die Resultate verschiedener Länder verglichen werden können. Der ESS besteht aus drei Modulen: einem Basismodul, das in jeder Runde Teil der Be-

fragung ist und Fragen zu grundsätzlichen Werten und Einstellungen enthält, sowie zwei weiteren Modulen zu spezifischen Themen, die in grösseren Abständen rotieren. Im Jahr 2016 waren dies die Module „Solidarität und Wohlfahrtsstaat“ und „Einstellungen zum Klimawandel“.

Im Jahr 2016 nahmen in der Schweiz 1'525 Personen an dem ungefähr einstündigen Interview teil, was einer Antwortquote von 52.2% entspricht. Die Erhebung fand zwischen September 2016 und Februar 2017 statt. Diese Broschüre vermittelt einen Überblick über ausgewählte Ergebnisse dieser Befragung und ist mit den Broschüren der früheren Ausgaben in Französisch und Deutsch unter www.forscenter.ch/ess-info erhältlich.

Wir möchten dem Schweizerischen Nationalfonds unseren Dank für die finanzielle Unterstützung aussprechen. Unser Dank gilt gleichermassen den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie den Interviewerinnen und Interviewern, die das Projekt erst möglich gemacht haben.

FORS, 22.06.2018

Die Schweizer Bevölkerung ist unter den glücklichsten in Europa

Die befragten Personen in der Schweiz sind sehr glücklich. Dieser Befund bestätigt die Resultate der Befragungen der vorhergehenden Jahre. Mit einem Durchschnitt von 8.2 auf einer Skala von 0 bis 10 ist die Schweiz gar das glücklichste Land, dicht gefolgt von den skandinavischen Ländern, Holland, Israel, Deutschland und Österreich (s. Abb.1). Zuletzt in

der Rangliste finden sich Russland und Litauen. Bezüglich der Schweiz ergibt sich dasselbe Bild, wenn man anstelle des Glücks die Lebenszufriedenheit anschaut. Interessanterweise geben die Teilnehmenden in den meisten anderen Ländern ein höheres Niveau des Glücks als der Lebenszufriedenheit an (so zum Beispiel Portugal, Frankreich oder Spanien).

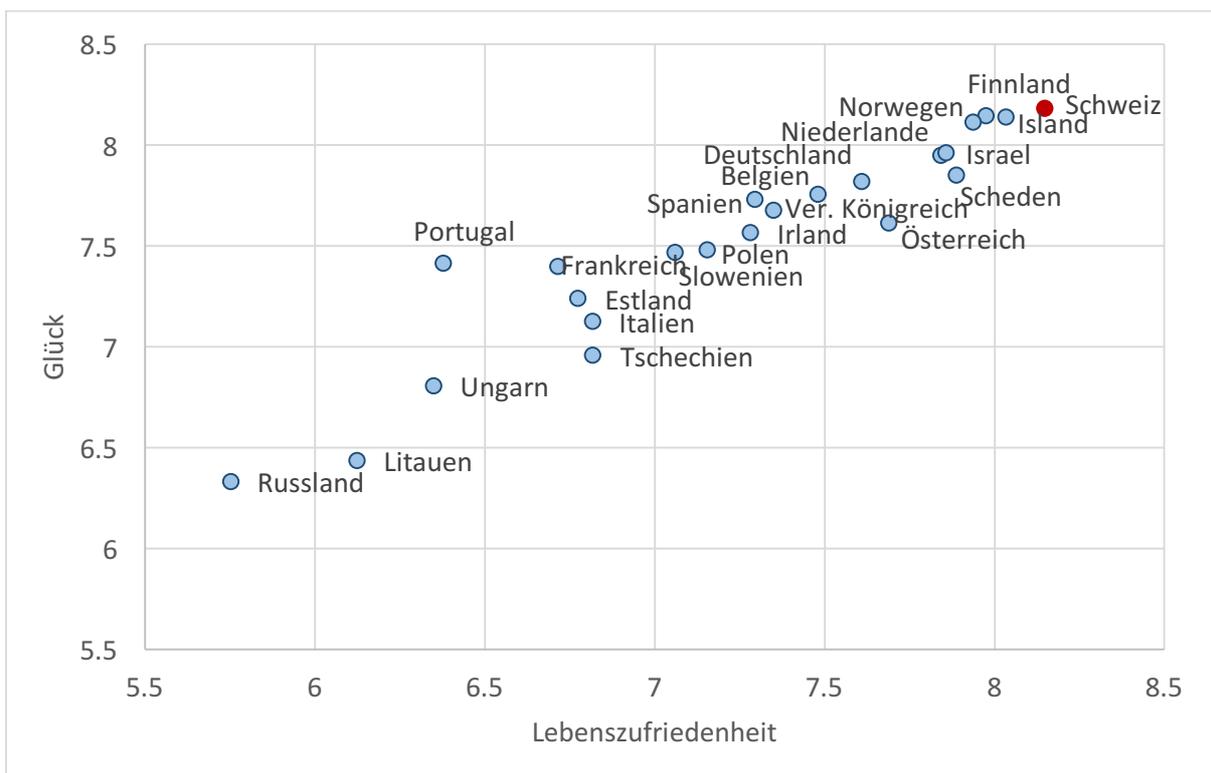


Abbildung 1 – Durchschnitt der Lebenszufriedenheit und des Glücks in der Schweiz und Europa, 2016.

Ein tiefes Gefühl der Sicherheit und grosses Vertrauen

Dieses Gefühl des Glücks und der Lebenszufriedenheit geht mit einem tiefen Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens einher, das über die Zeit relativ stabil bleibt. Im Jahr 2016 fühlt sich der Grossteil (89%) der Schweizer Bevölkerung zumindest ziemlich sicher, ja sogar völlig sicher (44%), wenn es darum geht, abends nach Einbruch der Dunkelheit auszugehen. Selbst wenn 19% der Befragten (oder deren Familienmitglieder) in den letzten fünf Jahren einen Überfall oder

Einbruch erlitten haben, fühlen sich im 2016 nur 11% unsicher (Abb. 2). Dieses tiefe Sicherheitsgefühl steht auch im Einklang mit dem Gefühl des Vertrauens in andere. Im Jahr 2016 glauben 49% der Befragten, dass sie den meisten Menschen vertrauen können, verglichen mit 14%, die denken, dass man nie vorsichtig genug sein kann.¹ Dieses Vertrauen in andere hat im Jahr 2016 im Vergleich zu früheren ESS-Jahren deutlich zugenommen (s. Abb. 3).

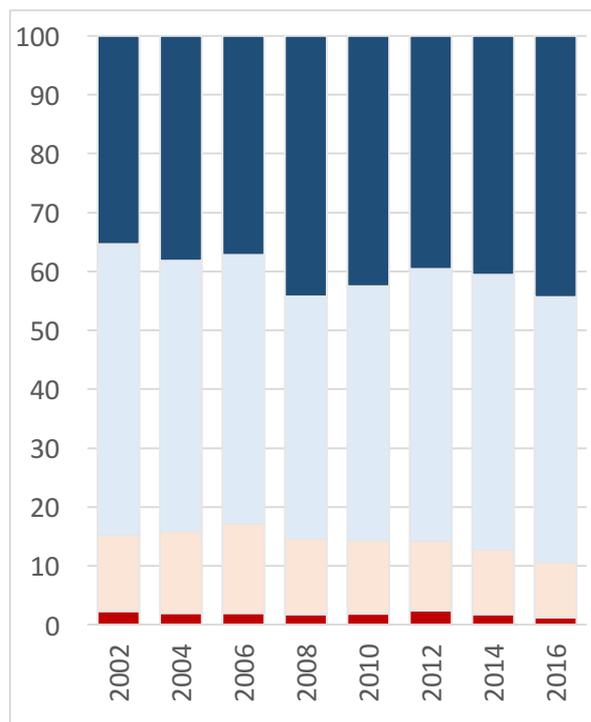


Abbildung 2 – Gefühl der Sicherheit, 2002-2016.
Legende: ■ Sehr sicher, ■ Sicher, ■ Unsicher, ■ Sehr unsicher.

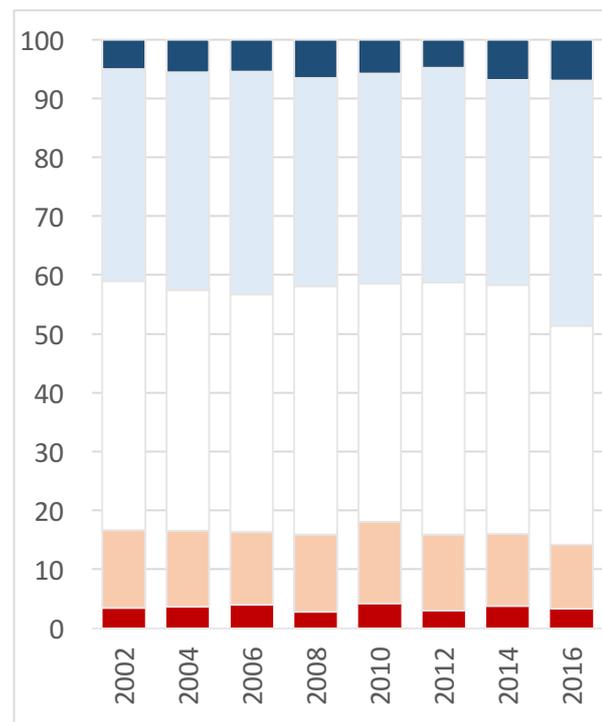


Abbildung 3 – Vertrauen in andere, 2002-2016.
Legende (Endpunkte): ■ Man kann den meisten Menschen vertrauen, ■ Man kann nicht vorsichtig genug sein.

¹ Um die Lesbarkeit der Abbildungen zu erhöhen, wurden bei allen Fragen, die auf einer Skala von 0 bis 10 basieren, jeweils zwei benachbarte Kategorien zusammengefasst, damit eine Fünferskala entsteht. Der Mittelpunkt besteht dabei aus 3 Kategorien und kann als „es kommt darauf an“ interpretiert werden.

Positivere Einstellung Flüchtlingen gegenüber

Das Thema Flüchtlinge bestimmt zurzeit immer wieder die Schlagzeilen. In den Jahren 2002 und 2016 wurden die Teilnehmenden über die Rolle, die der Staat bei der Bearbeitung von Asylgesuchen einnehmen soll, befragt. Sollte sich die Regierung darin grosszügig zeigen? Die Meinungen sind diesbezüglich geteilt. Im Jahr 2016 stimmen 36% der befragten Personen dieser Aussage zu, 35% sind dagegen und 29% nehmen keine Position ein. Allerdings sind die Einstellungen bezüglich der Flüchtlinge von 2002 bis 2016 positiver geworden. Im Jahr 2002 sprach sich noch die Hälfte der Befragten gegen

eine grosszügige Behandlung von Asylgesuchen aus und nur 22% waren dafür. Dies ist wohl auf eine Zunahme positiver Einstellungen gegenüber Flüchtlingen über die Zeit zurückzuführen. Die Aussage, dass sich die meisten Flüchtlinge im eigenen Land nicht wirklich vor Verfolgung fürchten müssen, lehnen die Teilnehmenden im Jahr 2016 mit 34% häufiger ab als im Jahr 2002 (24%).

Die Mehrheit der Befragten (56% im Jahr 2002 und 53% im Jahr 2016) ist zudem der Meinung, dass Flüchtlingen, deren Gesuch genehmigt wird, die Erlaubnis erhalten sollten, enge Familienangehörige nachzuziehen (Abb. 4).

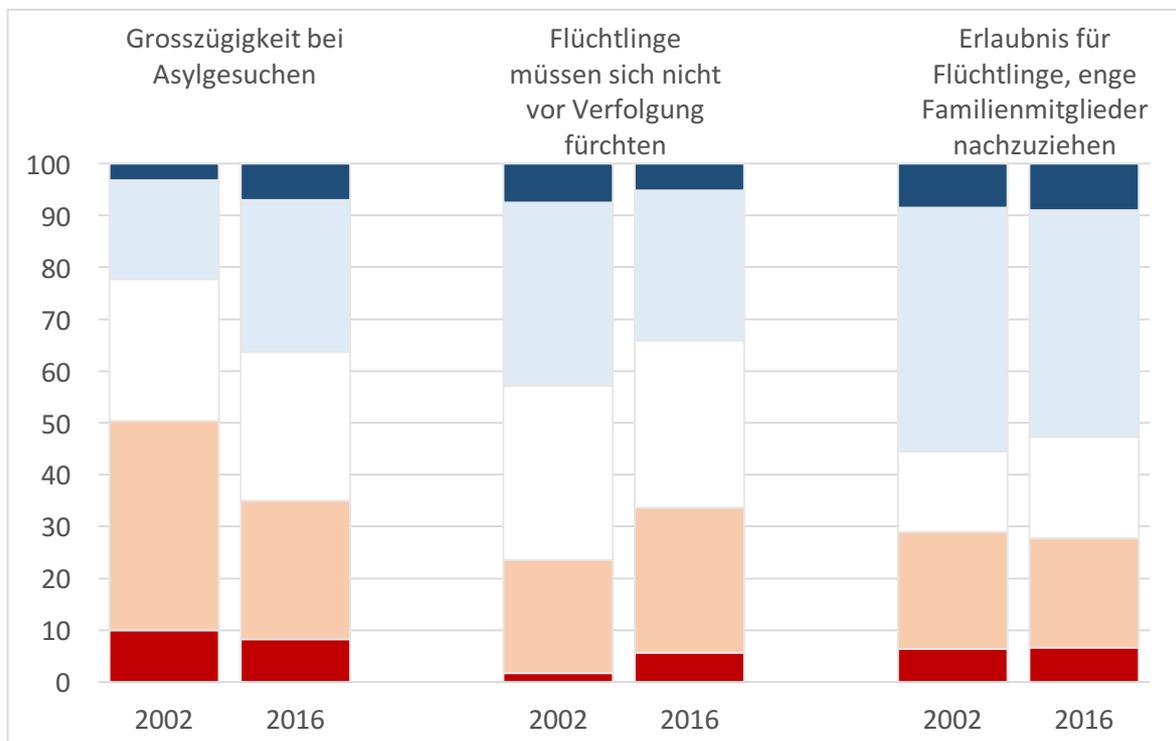


Abbildung 4 – Einstellungen zu Flüchtlingen, 2002 und 2016.

Legende: ■ Stimme stark zu, ■ Stimme zu, □ Weder noch, ■ Lehne ab, ■ Lehne stark ab.

Homosexuelle: Akzeptanz in der Familie, aber Adoption umstritten

Ein weiteres aktuelles Thema ist das Recht homosexueller Paare auf Adoption. Eine grosse Mehrheit der ESS-Befragten (81%) gab an, dass sie sich nicht schämen würden, wenn ein nahes Familienmitglied schwul, lesbisch oder bisexuell wäre.² Der gleiche Prozentsatz der Befragten ist der Meinung, dass Homosexuelle ihr Leben nach eigenen Vorstellungen leben können sollten. Die Meinungen über das Adoptionsrecht sind jedoch

geteilt. Während 46% der Befragten damit einverstanden sind, dass gleichgeschlechtliche Paare die gleichen Rechte haben sollten, Kinder zu adoptieren, sind dagegen 38% damit nicht einverstanden. Die Toleranz von Homosexualität in der Familie weist auf eine Akzeptanz von Homosexualität als solcher hin, die Elternschaft homosexueller Paare bleibt jedoch umstritten.

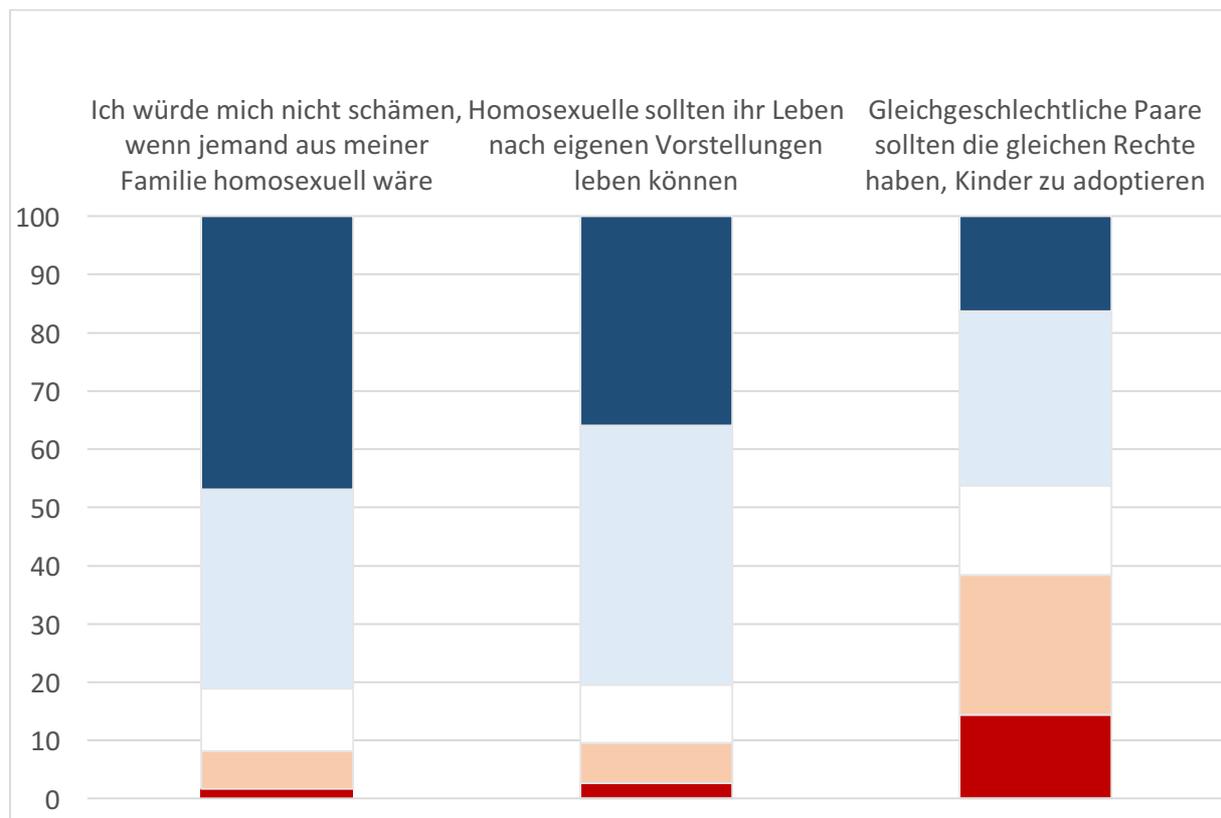


Abbildung 5 – Einstellungen gegenüber homosexueller Personen, 2016.

Legende: ■ Stimme stark zu, ■ Stimme zu, □ Weder noch, ■ Lehne ab, ■ Lehne stark ab.

² Diese Frage lautet im Fragebogen: „Wenn ein enges Familienmitglied schwul oder lesbisch wäre, würde ich mich schämen“. Für eine einheitliche Darstellung in der Abbildung wurde die Skala umgedreht.

Umverteilung: weniger Toleranz gegenüber grossen Einkommensunterschieden

Die Wiederholung des Fragemoduls von 2008 zum Sozialstaat erlaubt einen Vergleich zwischen den Jahren. Im Vergleich zu 2008 sind 2016 weniger Befragte der Ansicht, dass Sozialleistungen in der Schweiz die Unternehmen zu viel an Steuern und Abgaben kosten (36% im Jahr 2008 gegenüber 28% im Jahr 2016). Die Befürwortung der Umverteilung bleibt über die Zeit stabil: 67% der teilnehmenden Personen sind dafür, dass der Staat Massnahmen zur Verringerung der Einkommensunterschiede ergreifen soll,

während 17% der Befragten unentschlossen sind und 18% gegen eine Umverteilung sind. Selbst wenn die Einstellungen zur Umverteilung stabil bleiben, sind die Befragten gegenüber grossen Einkommensunterschieden weniger tolerant als noch 2008. So sind weniger Befragte (56% im Jahr 2008 gegenüber 48% im Jahr 2016) der Meinung, dass grosse Einkommensunterschiede gerechtfertigt sind, um Unterschiede in Begabung und Arbeitseinsatz entsprechend zu honorieren (Abb. 6).

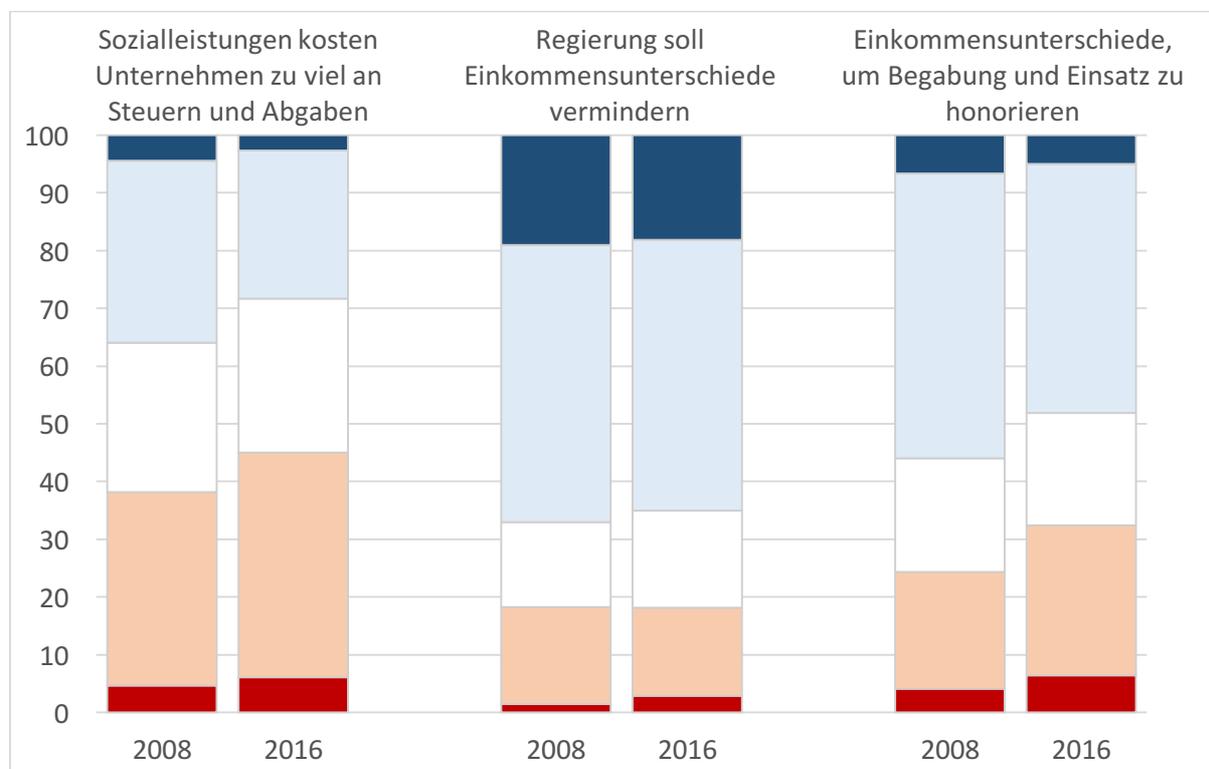


Abbildung 6 – Einstellungen zu den Kosten des Sozialstaates für die Wirtschaft, der Umverteilung und den Einkommensunterschieden, 2008 und 2016.

Legende: ■ Stimme stark zu, ■ Stimme zu, □ Weder noch, ■ Lehne ab, ■ Lehne stark ab.

Solidarität mit verschiedenen Risikogruppen

Das Modul über die Einstellung zum Sozialstaat ermöglicht eine vertiefte Analyse der Solidarität mit verschiedenen schutzbedürftigen Gruppen.

Die Solidarität gegenüber älteren Menschen ist deutlich ausgeprägt. Für 69% der Befragten sollte der Staat einen angemessenen Lebensstandard für ältere Menschen gewährleisten. Auch die Kinderbetreuung für berufstätige Eltern wird von 58% der Befragten unterstützt. Geteilter sind die Ansichten über staatliche Interventionen für Arbeitslose. Lediglich gemäss 47% der Befragten sollte der Staat den Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard garantieren (Abb. 7).

Andererseits werden Dienstleistungen und Sozialleistungen für Zuwanderinnen und Zuwanderern von der Mehrheit der Befragten (77%) akzeptiert, allerdings nur unter bestimmten Bedingungen. Eine Mehrheit (54%) ist der Meinung, dass Menschen aus anderen Ländern mindestens ein Jahr in der Schweiz gearbeitet und Steuern bezahlt haben sollten, um die gleichen Rechte wie andere Bürger zu erhalten. Das Prinzip der Gegenseitigkeit ist daher stärker als das Prinzip der Gleichheit (20% der Befragten finden gar, dass man eingebürgert sein sollte, um von den gleichen Sozialleistungen profitieren zu können, s. Abb. 8).

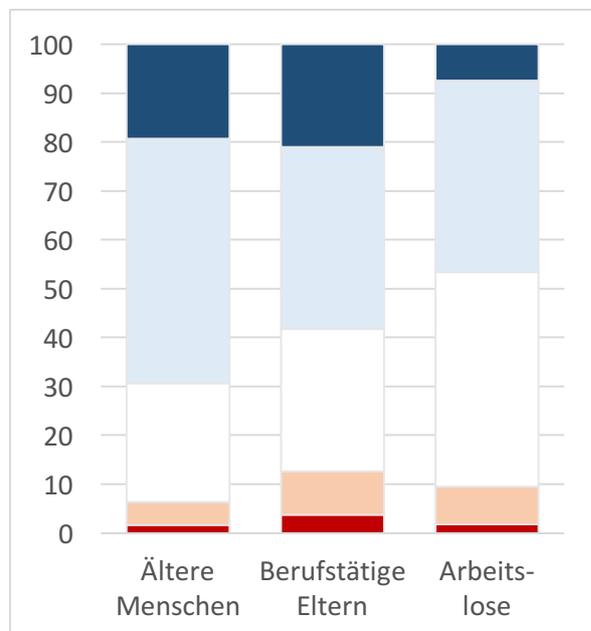


Abbildung 7 – Solidarität gegenüber älteren Menschen, berufstätigen Eltern und Arbeitslosen, 2016.

Legende (Endpunkte): ■ Der Staat sollte dafür voll und ganz verantwortlich sein, ■ Der Staat sollte dafür überhaupt nicht verantwortlich sein.

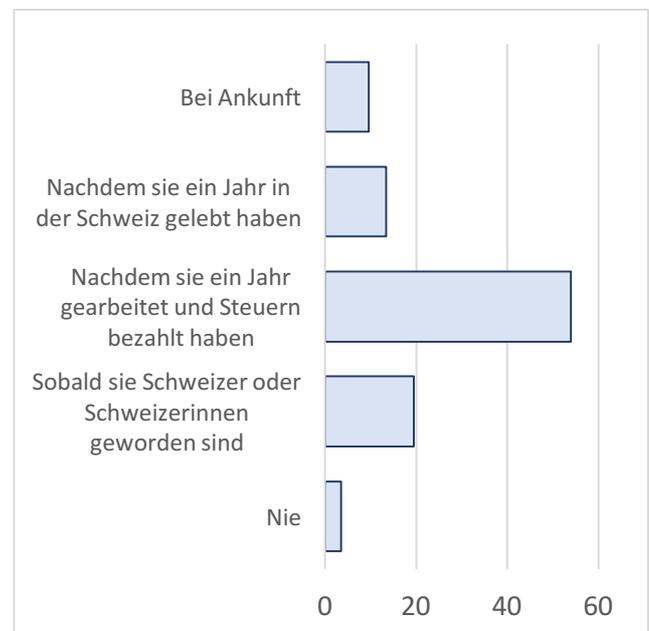


Abbildung 8 – Grosszügigkeit bezüglich Sozialleistungen für Menschen, die aus anderen Ländern in die Schweiz kommen, um hier zu leben, 2016.

Grosse Solidarität zwischen den Generationen

Im Lichte der Alterung der Bevölkerung stellt sich die Frage, inwiefern eine Solidarität zwischen den Generationen besteht. Im Jahr 2016 befürworteten jüngere Menschen (15-34 Jahre alt) staatliche Dienstleistungen, die sie betreffen können, ebenso wie Dienstleistungen, die andere Altersgruppen anbelangen: 67% der jungen Menschen sind für eine ausreichende Kinderbetreuung für berufstätige Eltern und sogar 76% glauben, dass es in der Verantwortung des Staates liegt, einen angemessenen Lebensstandard für

ältere Menschen zu gewährleisten. Ältere Menschen (ab 65 Jahren) befürworten hingegen im Vergleich zu den jüngeren Menschen im Allgemeinen weniger stark altersspezifische staatliche Leistungen. Trotzdem unterstützen mehr als die Hälfte der Senioren staatliche Leistungen, um eine angemessene Kinderbetreuung (52% der Senioren) und einen angemessenen Lebensstandard für ältere Menschen sicherzustellen (64% der Senioren, s. Abb. 9).

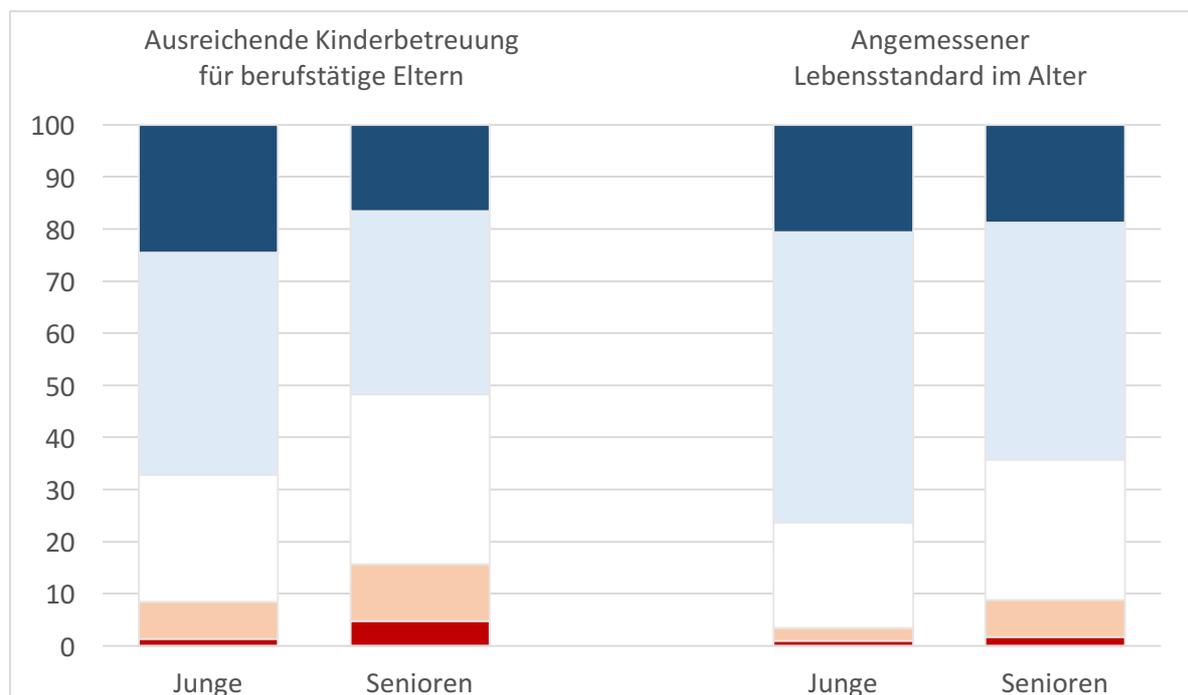


Abbildung 9 – Einstellungen zur Verantwortlichkeit des Staates für eine ausreichende Kinderbetreuung für berufstätige Eltern und für das Sicherstellen eines angemessenen Lebensstandards im Alter, 2016.

Legende (Endpunkte): ■ Der Staat sollte dafür voll und ganz verantwortlich sein, ■ Der Staat sollte dafür überhaupt nicht verantwortlich sein. Junge: zwischen 15 und 34 Jahre alt; Senioren: 65 Jahre alt oder älter.

Aktivierungspolitik beliebter als das Grundeinkommen

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Risikogruppen mit staatlichen Massnahmen zu unterstützen. Kürzlich wurde in der Schweiz über das bedingungslose Grundeinkommen abgestimmt. Auch heute noch würde das Grundeinkommen abgelehnt: lediglich 35% der Befragten sind dafür. Damit liegt die Schweiz im internationalen Vergleich auf dem zweitletzten Platz, nur in Norwegen sind noch weniger Menschen für ein Grundeinkommen. Ein solches wäre in Ungarn, Russland oder Litauen besser akzeptiert. In allen Län-

dern sind junge Menschen dieser Alternative gegenüber positiver eingestellt als ältere Menschen (in der Schweiz sind 42% der Jungen für ein Grundeinkommen gegenüber 29% der Senioren, s. Abb. 10). Auf deutlich grössere Akzeptanz stossen Aktivierungsmassnahmen für Arbeitslose. 68% der Befragten sprechen sich für eine Aktivierungspolitik aus, wonach der Staat mehr für Ausbildungsprogramme für Arbeitslose ausgeben sollte, auch wenn dies eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung bedeutet.

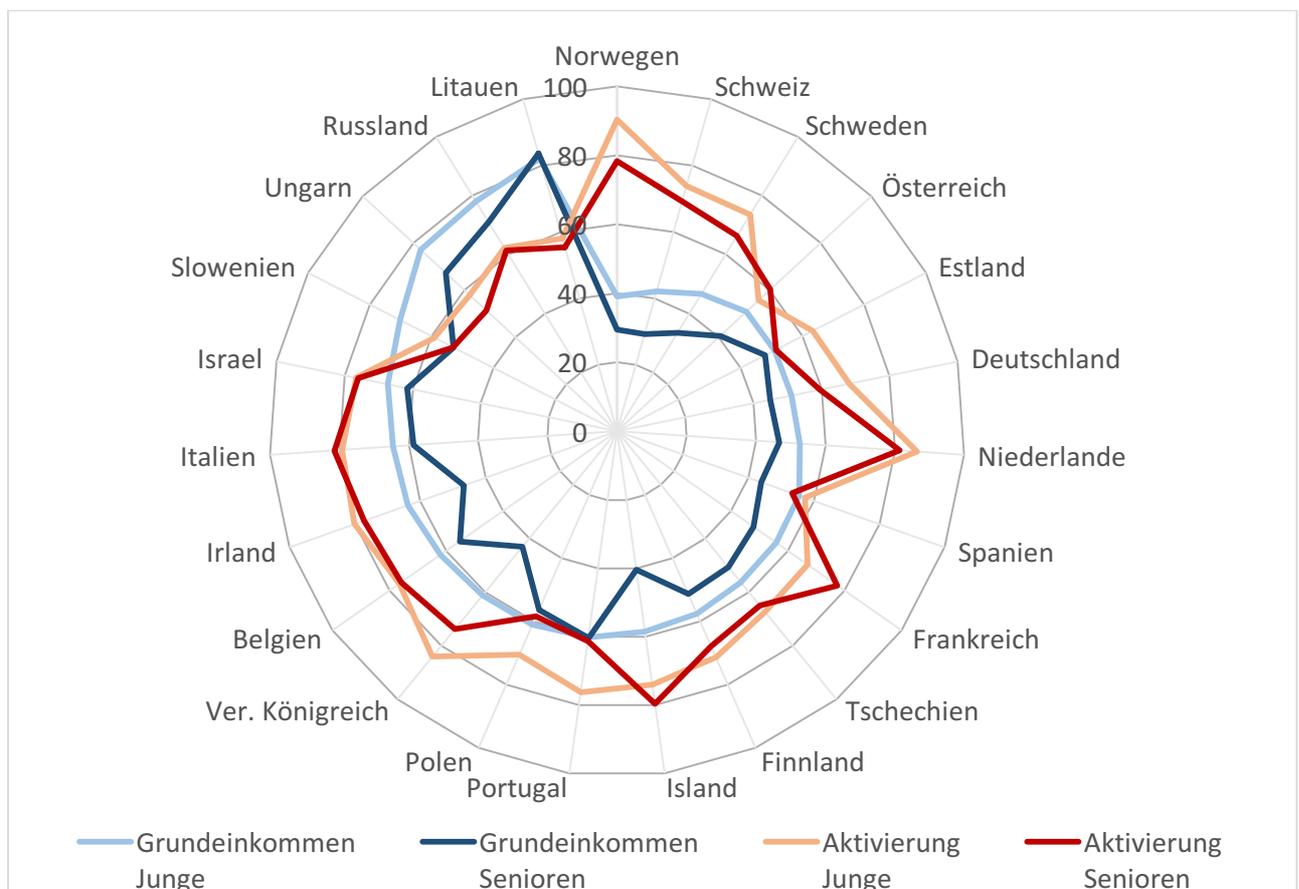


Abbildung 10 – Einstellungen zum Grundeinkommen und zur Aktivierungspolitik für Arbeitslose nach Altersgruppen, 2016. Prozent der Jungen resp. Senioren, die für die jeweilige Massnahme sind. Junge: zwischen 15 und 34 Jahre alt; Senioren: 65 Jahre alt oder älter.

Das Klima der Erde verändert sich, der Energiekonsum spielt eine wichtige Rolle

Im zweiten Modul des ESS 2016 geht es um die Einstellungen zum Klimawandel. Eine überwiegende Mehrheit der Befragten (98%) denkt, dass sich das globale Klima gegenwärtig verändert. Ein grosser Teil (78%) ist ziemlich oder sogar sehr besorgt darüber. Und über 60% der Teilnehmenden gehen davon aus, dass sich der Klimawandel schlecht auf die Menschen weltweit auswirken wird. Die Befragten sind über die Ursachen dieses Klimawandels geteilter Meinung: 44% denken, dass diese Veränderung hauptsächlich oder ausschliesslich auf menschliche

Aktivitäten zurückzuführen ist, während 49% denken, dass die Veränderung auch auf natürliche Prozesse zurückzuführen ist (Abb. 11). Um dem Klimawandel entgegenzuwirken, sehen die Befragten den Energieverbrauch als Schlüsselement. Zwei Drittel der Befragten (66%) fühlen sich persönlich verantwortlich, einen Beitrag zu leisten, damit der Klimawandel reduziert wird. Allerdings glauben nur 33% der Befragten, dass Einschränkungen bei ihrem eigenen Energieverbrauch helfen könnten, den Klimawandel zu reduzieren (Abb. 12).

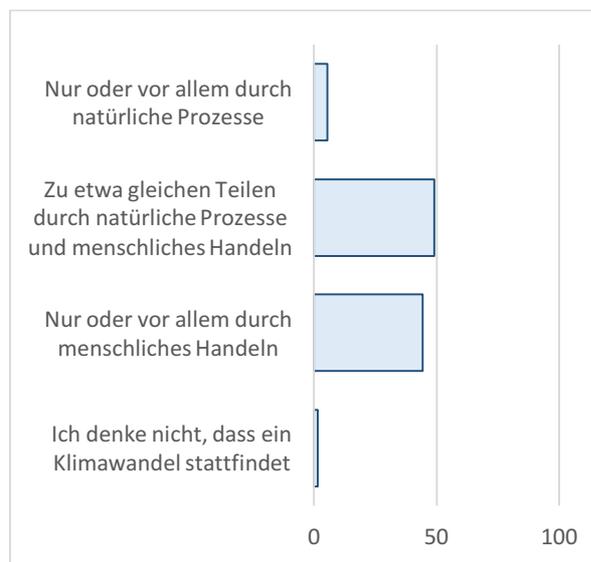


Abbildung 11 – Wahrnehmung des Klimawandels und seiner Ursachen.

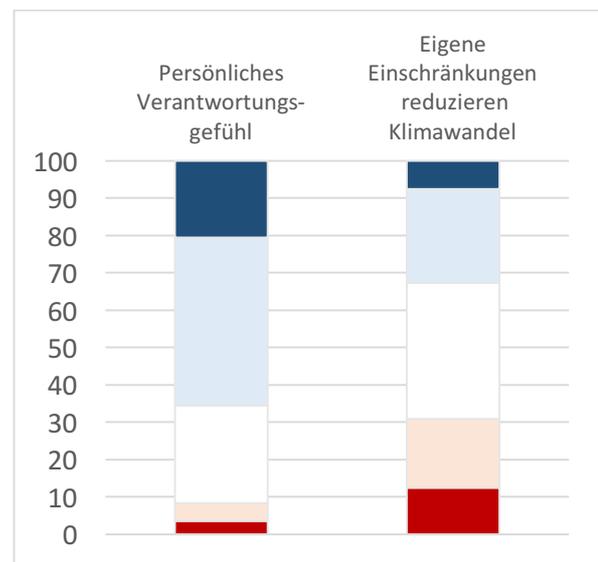


Abbildung 12 – Persönliches Verantwortungsgefühl, einen Beitrag zur Reduktion des Klimawandels und Einschätzung des Einflusses eigener Einschränkungen auf den Klimawandel, 2016.
Legende (Endpunkte): ■ Sehr stark/äusserst wahrscheinlich, ■ Überhaupt nicht/überhaupt nicht wahrscheinlich.

Verantwortungsvoller Umgang mit erneuerbaren Energien

Die Teilnehmenden sprechen sich für einen verantwortungsvollen Energiekonsum aus. Mehr als die Hälfte der Befragten in der Schweiz (53%) geben an, dass sie eines der energieeffizientesten Modelle wählen würden, wenn sie ein grosses elektrisches Haushaltsgerät kaufen müssten. Nur Deutschland erzielt einen höheren Anteil unter den teilnehmenden Ländern (60%, s. Abb. 13).

Der grösste Teil der verbrauchten Energie sollte gemäss der Befragten aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden (Abb. 14). Eine grosse oder sehr grosse Menge sollte gemäss den Befragten aus

Sonnenenergie (86% der Befragten), Wasserkraft (82%), Windkraft (69%) oder Biomasse (51%) erzeugt werden. Eine mittlere Akzeptanz erfährt Energie aus Erdgas. Zwei Energiequellen sind nicht besonders akzeptiert: Kernkraft und Kohle. Insgesamt denken 77%, dass nur eine kleine Menge (33%) oder überhaupt nichts (44%) durch Kernkraft erzeugt werden sollte. Noch stärker ist die Ablehnung der Kohle: 61% der Befragten sind gegen die Verwendung von Kohle überhaupt und weitere 28% sind nur für die Verwendung einer kleinen Menge.

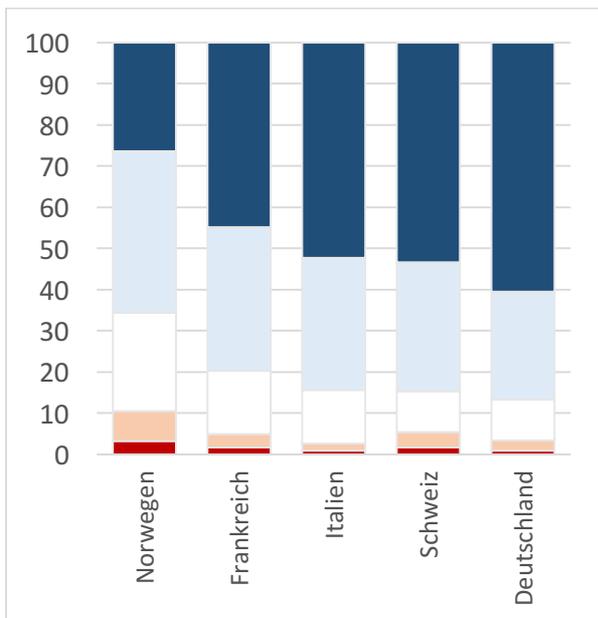


Abbildung 13 – Bereitschaft, ein energieeffizientes Haushaltsgerät zu kaufen in der Schweiz im Vergleich zu Norwegen, Frankreich, Italien und Deutschland, 2016.

Legende (Endpunkte): ■ Äusserst wahrscheinlich, ■ Überhaupt nicht wahrscheinlich.

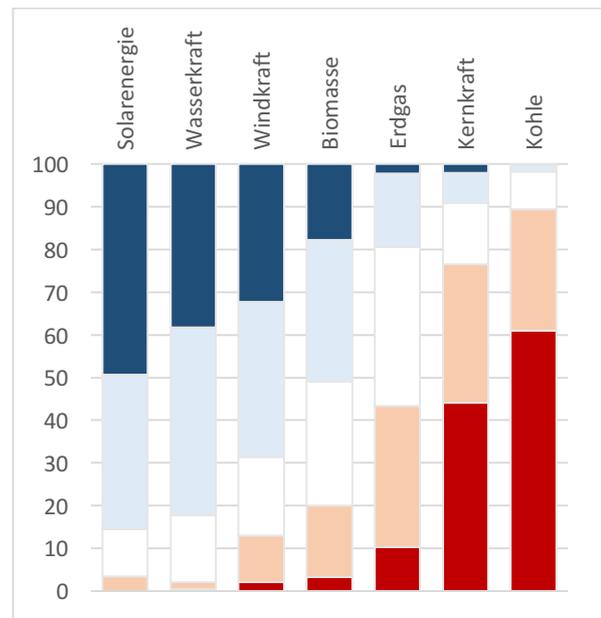


Abbildung 14 – Präferenzen für verschiedene Energiequellen in der Schweiz, 2016.

Legende: ■ Eine sehr grosse Menge, ■ Eine grosse Menge, □ Eine mittelgrosse Menge, ■ Eine kleine Menge, ■ Überhaupt nichts.

Sorgen über eine Abhängigkeit vom Ausland und von fossilen Brennstoffen

Bezüglich der Sicherstellung der Energieversorgung zeigen sich nur sehr wenige der befragten Personen (16%) über Stromausfälle besorgt. Auch der Anteil der Befragten, die sich Sorgen über Unterbrechungen der Energieversorgung machen, ist gering (28% sind besorgt über Unterbrechungen wegen unzureichender Produktion, 32% wegen technischer Störungen, 34% durch Terroranschläge und 37% durch Naturkatastro-

phen). Die Befragten zeigen sich etwas mehr besorgt (46%) darüber, dass die Energie in der Schweiz für viele zu teuer sein könnte. Gar mehr als die Hälfte der Befragten ist besorgt darüber, dass die Schweiz zu abhängig von Energieimporten aus dem Ausland sein könnte (57%), und insbesondere darüber, dass die Schweiz zu abhängig von Energie aus fossilen Brennstoffen wie Öl, Gas oder Kohle sein könnte (61%, s. Abb. 15).

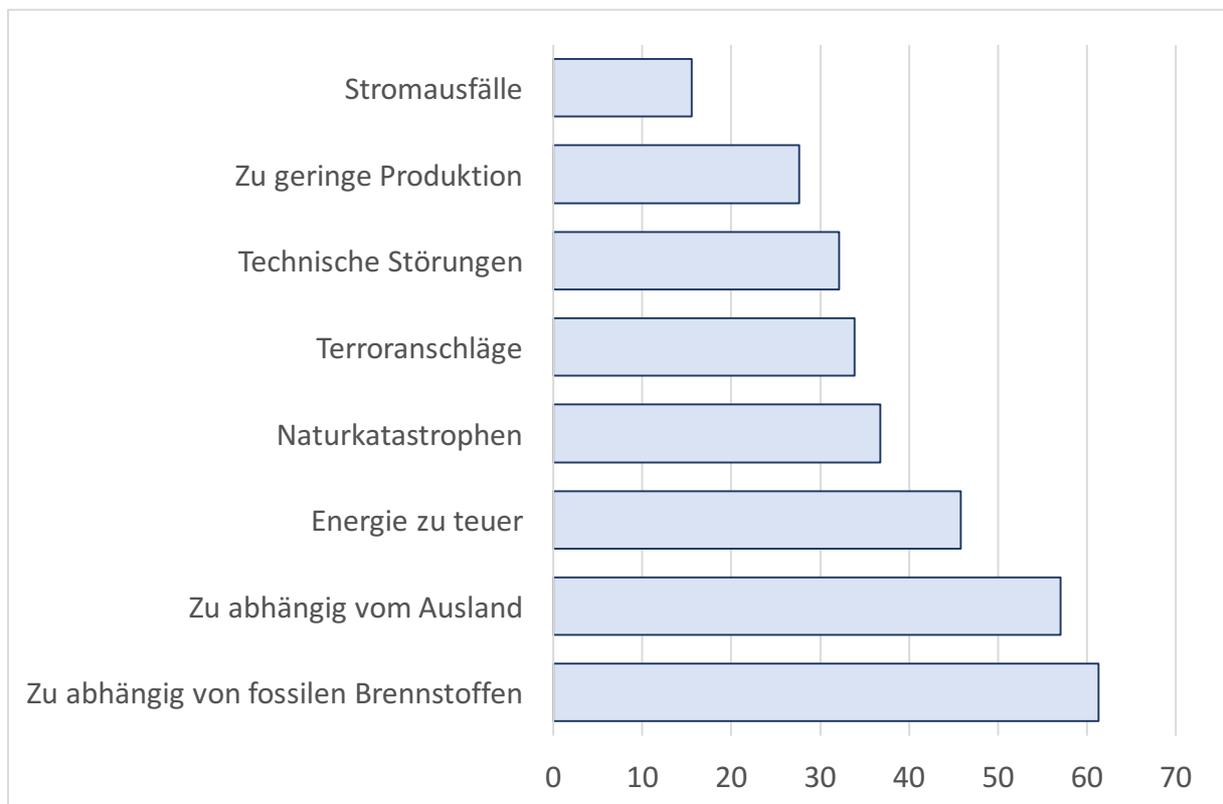


Abbildung 15 – Anteil der Befragten, die sich Sorgen machen über Stromausfälle, verschiedene Ursachen von Unterbrechungen der Energieversorgung, dem Preis von Energie und vor Abhängigkeit von anderen Ländern und von fossilen Brennstoffen.

Subventionen für erneuerbare Energien zur Bekämpfung des Klimawandels

Die Befragten wurden auch über Massnahmen befragt, die die Schweiz zur Eindämmung des Klimawandels treffen könnte. Eine Erhöhung der Abgaben auf fossile Brennstoffe wie Öl, Gas und Kohle würde eher gut akzeptiert: 48% der Teilnehmenden wären eher oder sehr dafür, während 32% eher oder sehr dagegen wären. 21% sind weder dafür noch dagegen (Abb. 16). Die Mehrheit der Befragten

spricht sich dafür aus, den Verkauf von Haushaltsgeräten mit dem höchsten Energieverbrauch gesetzlich zu verbieten (69%) und insbesondere erneuerbare Energien wie Wind und Sonne mit öffentlichen Geldern zu fördern (84%). Subventionen für erneuerbare Energien werden also von der Schweizer Bevölkerung stark unterstützt.

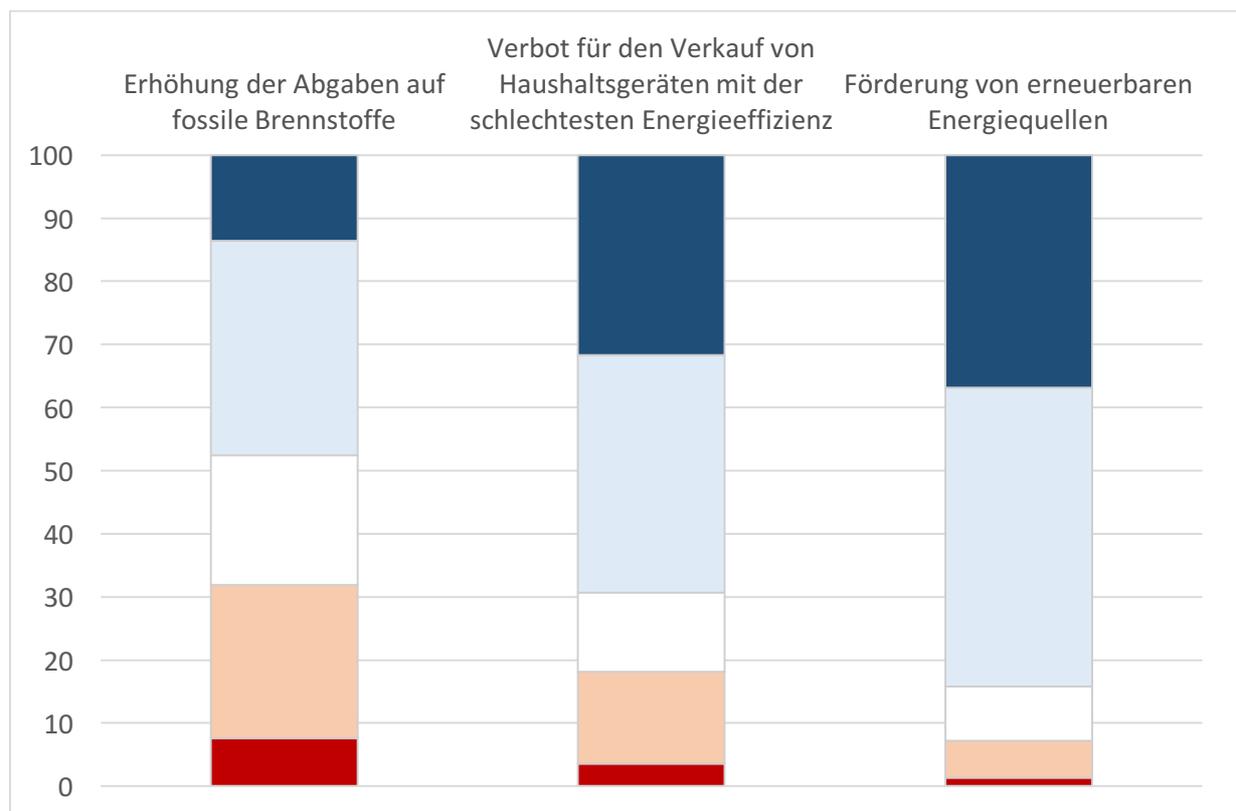


Abbildung 16 – Einstellungen zu verschiedenen Massnahmen, die die Schweiz zur Eindämmung des Klimawandels treffen könnte, 2016.

Legende: ■ Sehr dafür, ■ Eher dafür, □ Weder dafür noch dagegen, ■ Eher dagegen, ■ Sehr dagegen.

FORS – Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften.

FORS, das nationale Kompetenzzentrum für die Sozialwissenschaften, erhebt im Rahmen von nationalen und internationalen Umfragen Daten und stellt diese Forschenden im In- und Ausland für Sekundäranalysen zur Verfügung. Des Weiteren berät FORS Forschende bezüglich Datenerhebung, -auswertung, und -dokumentation. Das Ziel ist es, gleichermassen Daten und methodisches Expertenwissen auf höchstem internationalem Niveau zur Verfügung zu stellen. Deshalb führt FORS eigene Forschungsprojekte durch und unterhält enge Beziehungen zur sozialwissenschaftlichen universitären Forschung sowie zur öffentlichen Statistik.

Internetlinks

Zusätzliche Informationen zum ESS sowie die Broschüren zu den vorhergehenden Ausgaben sind auf der entsprechenden Internetseite von FORS zu finden: <http://www.forscenter.ch/ess-info>

Die anonymisierten Daten des ESS und anderer Schweizer Erhebungen sind auf dem Server von FORSbase zu finden: <https://forsbase.unil.ch/>

Die Daten der anderen Länder, die auch am ESS teilnehmen, sind auf der Webseite des ESS zugänglich: <http://www.europeansocialsurvey.org/data/>

Für Interessierte, die tiefere Analysen der Daten einsehen möchten, findet sich eine Liste mit weit über 3'000 wissenschaftlichen Publikationen mit den ESS-Daten auf der Webseite des ESS: <http://www.europeansocialsurvey.org/bibliography/>